

Stellungnahme der Karlsruher Bundestagskandidat*innen zum

Appell von Beschäftigten der ViDia-Kliniken und des Städtischen Klinikums Karlsruhe

Im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl haben gewerkschaftlich aktive Beschäftigte aus dem Städtischen Klinikum Karlsruhe und den ViDia-Kliniken die Kandidat*innen im Wahlkreis KA gebeten, darzulegen, ob und wie sie im Falle ihrer Wahl ihr Mandat verwenden werden für die Durchsetzung der aktuellen Tarifforderungen von verdi und für die dringend gebotene bessere finanzielle Ausstattung des öffentlichen Dienstes und insbesondere der Krankenhäuser.



Appell

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Stellungnahmen der Kandidat*innen in der Mehrheit eher erschreckend ausgefallen (*siehe Grafik und Text nachfolgend*).

Insgesamt lassen sie einmal mehr erwarten, dass sich die Beschäftigten im Gesundheitsbereich und die Bevölkerung im Allgemeinen nicht auf den neuen Bundestag verlassen können, wenn die dringlichst gebotenen Veränderungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge erreicht werden sollen. Die Kandidaten der CDU und der FDP haben es gleich gar nicht für notwendig erachtet, sich mit den Anliegen der Beschäftigten überhaupt zu beschäftigen und ließen die Anfrage unbeantwortet. Hier haben wir in den Programmen ihrer Parteien nachgeschaut. Die Kandidatin der Grünen hat ihr Büro antworten lassen.

Eines scheint jetzt schon festzustehen:

Unabhängig vom Ausgang der Wahl verbleibt nur eine starke gewerkschaftliche Organisation und breiter öffentlicher Druck durch die Zivilgesellschaft auch außerhalb der Parlamente als Perspektive für die Durchsetzung der dringend gebotenen Veränderungen.

Übersicht					
Partei	Volle Unterstützung der Tarifforderungen von verdi	volle Finanzierung des öffentlichen Dienstes	kostendeckende Finanzausstattung der Krankenhäuser	gemeinwohlorientierte Krankenhäuser ohne Rendite	
Die Linke					
BSW					
Die Partei					
SPD					
Grüne/B90					
CDU					
FDP					
	unterstützt		widersprüchlich oder unklar		nicht unterstützt

Die Antworten im Einzelnen:

1. Wie stehen Sie als Partei und persönlich zu unseren Forderungen:

- *Erhöhung der Entgelte um 8%, mindestens aber um 3 50,-€ mtl
entsprechend für Auszubildende um 200,-€*
 - *unbefristete Übernahme der Azubis nach erfolgreichem Abschluss*
 - *Einrechnung der Pausen bei Wechselschichtarbeit in die Arbeitszeit*
 - *Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden*
 - *bei einer Laufzeit von 12 Monaten*
-

Die Linke: Der Kandidat stellt sich konkret und im Einzelnen hinter unsere Forderungen

BSW: Das BSW nimmt nicht konkret Stellung zu unseren Forderungen, sondern tritt nur allgemein für „wertschätzende Arbeitsumgebung“ und „angemessene Löhne“ ein.

SPD: Der Kandidat stellt sich ohne konkrete Zahlen ganz allgemein „hinter die Beschäftigten, die für höhere Löhne und mehr Zeit kämpfen“.

Hier muss man allerdings fragen, was die Kollegen sich für diese warmen Wahlkampfworte kaufen können, wo doch die SPD Regierung (Innenministerin Faeser, SPD) und auch VKA-Präsidentin Welge, SPD, unsere Forderungen rundweg ablehnen.

Grüne/B90: Kandidatin-Büro nimmt keine Stellung zu unseren Forderungen, sondern verweist auf die Mindestlohnregelung von 15 € in Deutschland.

CDU und FDP: Keine Antwort des Kandidaten

Parteiprogramme: Keinerlei Aussagen zu Tarifsituation und Arbeitsbedingungen

2. Wie stehen Sie als Partei und persönlich zur Finanzierung des Öffentlichen Dienstes?

Sind Sie dafür, für die Investitionen in die Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur vordringlich öffentliche Mittel einzusetzen und dafür auch die Schuldenbremse zu lösen und ggf ein „Sondervermögen für Gesundheitsfürsorge, Bildung und Infrastruktur“ zu schaffen?

Die Linke: Der Kandidat setzt sich für „Sonderinvestitionen in Bildung und Gesundheit“ ein und kritisiert, dass die Schuldenbremse nur für die Rüstung und nicht für Gesundheit und Daseinsvorsorge außer Kraft gesetzt wird.

BSW: Das BSW ist für die Reform der Schuldenbremse, um gezielte Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen. Gleichzeitig mahnt sie die Investitionsverpflichtung der Länder für die Krankenhäuser an.

SPD: Der Kandidat ist für die „Reform der Schuldenbremse“ und „der Kreditobergrenzen“ für „Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“ und „der verabredeten Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung“. *Ein „Sondervermögen für Gesundheitsfürsorge, Bildung und Infrastruktur“ kommt aber nicht vor und inwiefern die öffentlichen Mittel des Bundeshaushalts dafür zuständig sind auch nicht.*

Grüne/B90: Kandidatin-Büro macht keine konkreten Aussagen zu unserer Frage, sondern will mit der Reform der Schuldenbremse unspezifisch „einen Deutschland-Investitionsfonds“ vorschlagen für die „notwendigen öffentlichen Investitionen in die Modernisierung des Landes“.

CDU und FDP: Keine Antwort des Kandidaten.

Parteiprogramme: Neoliberale Ausrichtung, Keine Aussagen zur Problematik öffentlicher Investitionen oder zur Schuldenbremse/Sondervermögen, Bekenntnis zur 2-Klassenmedizin (GKV und PKV), „die Pharma- und Gesundheitswirtschaft zu einer echten Leitökonomie machen“ (CDU), „wettbewerbsfähige Gesundheitswirtschaft“ (FDP),

3. Ein Großteil der Krankenhäuser schreibt rote Zahlen und ist von Insolvenz und Schließung bedroht. Die Krankenhausreform bringt keine neuen Gelder, sondern Umverteilung, die die Zahl der Klinikschließungen v.a. im ländlichen Raum erhöht.

Setzen Sie sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser für Personal, Gebäude und Material ein?

Die Linke: Der Kandidat lehnt die Krankenhausreform als unzureichend ab und fordert eine Finanzierung der Krankenhäuser unter Abschaffung der Fallpauschalen durch eine „Solidarische Gesundheitsversicherung“, in die ausnahmslos alle einzahlen.

BSW: Das BSW ist für eine grundsätzliche Umstrukturierung, sieht das Problem in der Renditeorientierung von Klinikverbänden und ist dafür, dass im Gesundheitswesen der Gemeinnutz im Vordergrund steht und die Profitlogik beendet wird.

SPD: Der Kandidat stellt sich voll hinter die Krankenhausreform, „Ich finde die Krankenhausreform richtig“, und nennt auch keine andere Lösung für die Krankenhausfinanzierung als die Reform der Schuldenbremse, „Dennoch muss auch im Sinne der Krankenhäuser mehr Geld ins System. Dafür braucht es die Reform der Schuldenbremse“. (*Die Reform der Schuldenbremse als Patentlösung für Alles*)

Grüne/B90: Die Kandidatin stellt sich hinter die Krankenhausreform, durch die auch die Krankenhausfinanzierung gelöst worden sei und erwähnt noch als Erfolg, dass die Bundeswehrkrankenhäuser zur ambulanten Versorgung zugelassen worden seien.

CDU und FDP: Keine Antwort des Kandidaten

Parteiprogramm: Neoliberale Ausrichtung, keine Antworten auf unsere Frage, außer: Struktur bleibt so, wie sie ist, „Krankenhausversorgung spezialisieren“, „Mehr Wettbewerb unter Krankenkassen“, „Stärkere Steuerfunktion durch Arztpraxen“, „...häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt“, (CDU) „Stärkung der freien Berufe“, „Duales System GKV und PKV beibehalten“, Ausgaben der GKV begrenzen, (FDP)

Es ging noch eine weitere Beantwortung unserer Fragen ein vom Kandidaten von „**Die Partei**“, die sich, obschon positiv unseren Anliegen gegenüber, wegen ihres typischen ironischen Stils der Einordnung in unsere Zusammenstellung entzieht.

Resümee:

8% Entgeltsteigerung (mindestens 350,-€) sollen vor Einkommensverlust angesichts der Preissteigerungen in allen Bereichen schützen

Die 38,5 Woche ist lediglich der dringend notwendige Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung und soll gemeinsam mit **3 Urlaubstagen mehr** verhindern, dass noch mehr Fachkräfte den Beruf verlassen

Die 200,-€ mehr für Azubis dämpft die Jugendarmut und hilft gegen das Abbrechen der Ausbildung

Die **Einrechnung von Pausen bei der Wechselschichtarbeit** in die Arbeitszeit ist lediglich die Anerkennung von Arbeit

Ohne **Laufzeitbegrenzung auf 12 Monate** sind die genannten Zahlen nicht werthaltig

-
- wer will, dass der Pflegenotstand wirklich beseitigt wird durch ausreichende Bezahlung und überlastungsfreie, familientaugliche Arbeitsbedingungen,
 - wer will, dass das Krankenhaussterben aufhört,
 - wer will, dass die Fallpauschalen tatsächlich abgeschafft werden,
 - wer will, dass die Profitwirtschaft aus den Krankenhäusern verbannt wird,
 - wer will, dass die 2-Klassen-Medizin und die nur den besser Gestellten nützende Privatisierung im Gesundheitswesen aufhört,
 - wer will, dass die **Daseinsfürsorge an erster Stelle** steht, vor allem im Gesundheitswesen, bei Bildung und Erziehung, bei der Infrastruktur und **nicht die Rüstung**,

muss gut überlegen, wem sie/er ihre/seine Stimme gibt.

Wie soll das Krankenhaus der Zukunft aussehen?

Es ist wesentlicher Bestandteil ein Daseinsvorsorge, die diesen Namen verdient. Es ist in der öffentlichen Hand, gemeinwohlorientiert und bedarfsgerecht gestaltet.

Was wir damit meinen: Eine Struktur, die auf den Prinzipien der Mitbestimmung und Beteiligung der Belegschaft basieren, in der die bestmögliche Versorgung der Patient*innen im Mittelpunkt steht, nicht die Fallpauschale bzw. der Zwang zur Erwirtschaftung einer Rendite. Im Vordergrund stehen gute Arbeitsbedingungen und der gesellschaftliche Nutzen einer gut finanzierten Daseinsvorsorge für alle. Das ist der unser Schwerpunkt und nicht der momentane Wahlzirkus, in dem so relevante Fragen von vielen Parteien gar nicht oder nur am Rande abgehandelt werden.

Aktive Gewerkschafter*innen des Städtischen Klinikums und der Vidia-Kliniken Karlsruhe

unterstützt durch:  **Bündnis · Krankenhaus statt Fabrik · Karlsruhe**

viSdP: Michael Matzerath, Welfenstr. 2a, 76137 Karlsruhe

18.02.2025

email: Krankenhaus.statt.Fabrik.KA@posteo.de